



Da laufen sie dann wieder

Aufs politische Hü folgt ein juristisches Hott: Laut Verwaltungsgericht müssen, den Ideen der Gremien zum Trotz, auf der Galopprennbahn wieder Pferderennen stattfinden dürfen

Von Jan Zier

Ein bisschen könnte es wie früher werden, an jenem Wochenende im September. Denn der Bremer Rennverein darf nun doch wieder Galopprennen auf seiner alten Bahn in der Vahr ausrichten – einmal zumindest. Das Verwaltungsgericht Bremen hat die Stadt am Montag per einstweiliger Anordnung verpflichtet, genau das zu erlauben. Damit hat der rot-grün-rote Senat den Rechtsstreit gegen den Rennverein, dem das momentan zwischengenutzte Gelände früher gehörte, klar verloren.

Zwar hat der Regionalaussschuss der beiden Stadtteilparlamente aus Hemelingen und der Vahr im Januar entschieden, keine Galopprennen mehr auf dem Rennbahngelände zuzulassen, zwar hat auch die Deputation für Mobilität, Bau und Stadtentwicklung im Juni beschlossen, dass auf dem Areal künftig kein Galoppssport mehr stattfinden darf, ebenso wenig anderer Pferde- oder Golfsport. Das Votum der politischen Gremien ist also eindeutig. Doch das im Volksentscheid von 2019 beschlossene Ortsgesetz für das Rennbahngelände widmet die Fläche erst einmal ganz allgemein der Erholung, aber auch der Freizeit, dem Sport und der Kultur.

„All diesen Zwecken ist der Galoppssport zuzuordnen“, schreiben nun die Richter*innen in ihrem 17-seitigen Urteil. Also muss es – zumindest während der Zwischennutzung – er-

laubt sein, das Gelände genau dafür zu nutzen, wofür es einst ja auch gebaut wurde. Denn der Regionalaussschuss habe gar nicht die Kompetenz, die Widmung des Geländes einzuschränken, so die Richter*innen. Und das Gelände sei schließlich eine „öffentliche Einrichtung“.

Hinzu kommt, dass ein Galopprennen am 11. und 12. September gar keiner anderen möglichen Zwischennutzung im Wege steht, weil niemand sonst an diesem Wochenende eine solche beantragt hat.

ZZZ, die Zwischenzeitzentrale, die im Auftrag des Wirtschaftsressorts das Areal bespielt, hätte den Antrag des Rennvereins also gar nicht ablehnen dürfen, entschied das Gericht. In der Behörde nimmt man die einstweilige Anordnung erst mal nur „zur Kenntnis“, sagt ein Sprecher: „Wir prüfen, ob wir dagegen Beschwerde einreichen.“ „Wir freuen uns über das Urteil“, kommentierte es dagegen der Präsident des Bremer Rennvereins, Frank Lenk.

Ob die Galopprennen tatsächlich stattfinden, sei gleichwohl noch unklar – die verbleibende Zeit sei „sehr kurz“, um eine solche Großveranstaltung überhaupt zu organisieren. Lenk, Inhaber einer PR-Agentur und Bürgermeisterkandidat der Unabhängigen Wähler in Ganderkesee, misst dem Urteil des Verwaltungsgerichts auch „eine grundsätzliche Bedeutung“ zu – hier würden Sportarten „ausgegrenzt“. Am gestrigen Mittwoch verschickte er eine empörte Mit-

teilung darüber, dass die ZZZ der Verein daran hindere, den Renntag vorzubereiten.

Das Gelände sei nämlich „mit Zelten und Müll vollgestellt“, teilweise sei „die Fläche sogar massiv beschädigt“ worden, wie eine Abordnung des Dachverbandes „Deutsches Galopp“ festgestellt habe. Nach

„Eine Abordnung fand das Gelände mit Paletten, Zelten und Müll vollgestellt“

Frank Lenk, Rennverein

seiner Auffassung hätten ZZZ oder Wirtschaftsressort „die Räumung der betroffenen Flächen umgehend nach Bekanntgabe des Urteils veranlassen müssen“, also am Freitag. Das sei aber bis heute nicht geschehen. Allerdings ist die fragliche Entscheidung noch nicht rechtskräftig. Zwei Wochen hat die Behörde Zeit, Beschwerde einzulegen. Und dann eine weitere Woche, sie zu begründen.

Lenk forderte nun die Stadt zu Gesprächen auf: „Wir sind für alles offen.“ Der Rennverein sieht sich selbst als ein Teil der künftigen Nutzer*innen des Geländes. Anders als früher sollen es aber keine sechs bis acht Renntage im Jahr mehr sein – zwei würden ihm genügen, sagt Lenk. Doch im zuständigen Bauressort winkt man ab: Pferde- und

Golfsport werde bei den weiteren Planungen „nicht berücksichtigt“, sagt Behördensprecher Jens Tittmann. Schließlich hätten die politischen Gremien das so gewollt. „Diese demokratisch legitimierten Beschlüsse wird das Ressort selbstverständlich umsetzen.“ Zudem hat die Deputation auch entschieden, dass es künftig einen Weg geben soll, der die Stadtteile Hemelingen und Vahr besser miteinander verbindet. Und der führt gleich zwei Mal genau über das Gelände der Galopprennbahn.

Doch auch Frank Lenk muss zugeben, dass das öffentliche Interesse am Galopprennsport stark nachgelassen hat. Kamen 1997 noch etwa 70.000 Besucher*innen, waren es 2015 nur noch 13.000 – im Jahr. Lenk spricht dennoch von „guten Zuschauerzahlen“. Wirtschaftsressortin Kristina Vogt (Die Linke) wiederum findet es „bedauerlich“, dass die Stadt auf dem Gelände nicht die „dringend benötigten Wohnungen“ bauen dürfe und sich stattdessen nun mit dem Pferdesport auseinandersetzen müsse, dessen Konzepte „in der Vergangenheit schon nicht funktioniert haben“.

Lenk allerdings gibt sich klagefreudig. Und wenn dereinst ein neuer Bebauungsplan für das Gelände aufgestellt sein wird, gehört der Bremer Rennverein zu jenen, die als Betroffene dagegen juristisch vorgehen können, durch mehrere Instanzen. Das könnte eine neue Nutzung der 30-Hektar-Fläche um viele Jahre verzögern.

Warum sich auf der Rennbahn nur Wermut, Pilze und Golfer, aber keine Pferde als Zwischennutzer austoben können, war dem Gericht nicht plausibel zu machen
Foto: Abou Osman/taz

das untrüglicher-beweis-wetter

Am Geestemünder Markfleth gibt es Fischotter. Zunächst ließen nur Trittsuren auf die Existenz einer Population dort schließen, dann gelang ein Fotobeweis, und jetzt ein untrüglicher auf der Autobahnabfahrt Zentrum. Trocken, 18 Grad

heute in bremen

„Es gibt auf jeden Fall viel zu entdecken“

Interview Pia Tönissen

taz: Frau Dietze, was bedeutet es für das „SummerSounds“-Festival, in einer „Pandemie-Edition“ stattzufinden?

Astrid-Verena Dietze: Dieses Jahr war klar, dass wir das Festival nicht im großen Format in den Neustadtwallanlagen realisieren können. Auch ist uns neben Nachhaltigkeit soziale Gerechtigkeit besonders wichtig. Deshalb soll das Festival eigentlich draußen und kostenlos sein. Das geht momentan aufgrund der Berücksichtigung des Coronakonzepts nicht. Wir sind aber dennoch nicht an allen Orten von diesem freien Konzept weg. Für „Sparkasse in concert“ und Auftritte im Kukoon ist der Eintritt frei. Das Tolle ist: „SummerSounds“ kommt jetzt an den Strand.

Findet „SummerSounds“ unter einem bestimmten Motto statt?

Ja, unser Motto lautet: „drei Orte, drei Tage, ein Festival“. Das Festival ist sehr bunt und divers. Gerade in diesem Jahr wird das noch sichtbarer. Wir machen uns auf die Reise. Sowohl in den Nachbarstadtteil als auch durch neue Kooperationen, die wir eingegangen sind.

Was macht „SummerSounds“ denn so besonders?

„SummerSounds“ wirkt weit über die drei Veranstaltungstage hinaus. Nachhaltigkeit ist für uns ein wichtiges und großes Thema. Damit ist aber vor allem auch soziale Nachhaltigkeit gemeint. Wir sehen uns in der Verantwortung, gesellschaftlichen Themen anzusprechen, beispielsweise die Mobilitätswende. Daraus ist bereits viel entstanden.

Worauf wurde bei der Auswahl der auftretenden Musiker:innen und Kulturschaffenden geachtet?

Dieses Jahr ist besonders wichtig, dass auch mehr an die junge Community gedacht wird. Die ist in den mittlerweile eineinhalb Jahren Pandemie zu kurz gekommen. Aber es ist für jeden etwas dabei: Jazz, Podcasts, DJ, Pop, Rock und etwas für Kinder ist auch dabei.

An wen richtet sich das Festival?

An alle, von klein bis 99, für Kinder, Familien und junge Leute. Es gibt keine bestimmte Zielgruppe.

Was erwartet Besucher:innen auf dem Festival?

Vor allem Vielfalt und ein sehr mutiges und prominentes Programm. Man kann sich rausuchen, worauf man richtig Lust hat, und sich dann für einen Ort und Tag entscheiden – oder für mehrere. Es gibt auf jeden Fall viel zu entdecken. Das Programm reicht von Alice Meriton, die sehr bekannt ist, bis hin zu regionalen Bands aus Bremen.

Festival „SummerSounds“: 26.-28. 8., Lankener Höft, Quartiersplatz Neustadt und Kukoon im Park, www.summersounds.de



Astrid-Verena Dietze
53, Stadtteilmanagerin der Neustadt, leitet das „SummerSounds“-Festival.

nachrichten

Unhygienische Fans befürchtet

Die Polizei prüft ob beim nächsten Zweitliga-Fußballspiel von Werder Bremen das Ticket-Kontingent für Auswärtsgäste reduziert werden muss. Das geht aus der Antwort des Senats auf eine kleine Anfrage der CDU-Fraktion hervor. Da „Erkenntnisse darauf hindeuten, dass Rostock-Auswärtigfans wiederkehrend gegen Hygienevorschriften verstoßen“, werde derzeit eine Gefahrenprognose für die Partie am 29. August durchgeführt. Grundsätzlich sind Gästefans erst seit dem dritten Zweitligaspieltag aufgrund eines Plenarbeschlusses der

Deutschen Fußball-Liga wieder zugelassen. Für sie werden fünf Prozent der Karten im Verkauf reserviert. Ein Insolvenzrisiko des Vereins, das die CDU-Fragen heraufbeschwören, könne der Senat auf Basis der Daten zur Geschäfts- und Finanzlage derzeit nicht erkennen. (taz)

Für Busse zahlt der Bund nur wenig

Nur einen Bruchteil der coronabedingten wirtschaftlichen Schäden und Ausfälle beim öffentlichen Bus-Angebot hat der Bund übernommen. Das geht aus der Antwort des Senats auf eine An-

frage der FDP-Fraktion hervor. Während das auf 9 Millionen Euro bezifferte Coronavirus bei Tram und S-Bahnen im Land Bremen komplett aus den Regionalisierungsmitteln des Bundeshaushalts ausgeglichen wird, muss das Defizit bei Linienbussen zu fast zwei Dritteln aus dem Notfall-Fonds des Landes bestritten werden. Es beläuft sich auf rund 28,5 Millionen Euro. (taz)

Mahndorf surft schneller

Rund 5.000 Haushalte in den Postleitzahlen-Gebieten 28307, 28355 und 28201 profitieren laut Vo-

dafone von neuen Glasfaser-Kabel. Durch den Ausbau sei „die bestehende Datenaufbahn deutlich verbessert“ worden, teilte das Unternehmen mit. Die Postleitzahlen umfassen Arbergen, Mahndorf und Teile von Osterholz, ganz Oberneuland sowie die Bremer Neustadt. (taz)

Die Nummer 28 hat Bestand

Bis zum 13. September verlängert hat der Senat seine 28. Corona-Verordnung. Eine entsprechende Verlängerungsverordnung hat er gestern zur Befassung der Bürgerschaft zugestellt. (taz)